

es ist für uns schier "unfassbar", dass die Kreis-CDU gegen jedes Argument immun zu sein schien und sich nicht davon abbringen ließ, in der Kreistagssitzung am vergangenen Montag gegen die Finanzierung der Gedenkstätte Stalag 326 zu stimmen. Die Kritik an der CDU, die mit der FWG/UWG und zusammen der AfD das Vorhaben abgelehnt hat, kommt sogar aus den eigenen Reihen. Selbst unser Landrat Sven-Georg Adenauer war fassungslos über das Ergebnis nach der geheimen Abstimmung.

Wir haben euch die Infos rund um das Thema zusammengetragen.

- Bericht von unserem Besuch im August 2023
- Angebot Bürger*innensprechstunde
- 3 Fragen an Birgit Niemann-Hollatz
- Zeitungsausschnitte, für einen guten Überblick
- Infos zum ehrenamtlichen Verein: <https://stalag326.de/>



Gedenkstätte mit Bedeutung

Zusammen mit dem Kreisverbands-Vorstand hat die GRÜNE Kreistagsfraktion im August 2023 das Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock besucht.

Wir haben uns ein Bild über die historischen Zusammenhänge und die bisherige Arbeit des Fördervereins der Gedenkstätte gemacht.

Grundlage der Arbeit in der Gedenkstätte ist das hohe Engagement des Fördervereins sowie anderer Initiativen, Einzelpersonen und Institutionen. Mit wenigen finanziellen Mitteln wurde hervorragende Arbeit geleistet. Eine besondere Herausforderung ist die Lage der Gedenkstätte, denn sie befindet sich auf dem nicht frei zugänglichen Gelände der Polizei. Dies ist zugleich Schutz für die Gebäude, aber auch oft Hindernis für interessierte Besucher*innen.

„Gedenken“ kann an diesem authentischen Geschichtsort vielschichtig wahrgenommen werden.

Dies geschieht u.a. durch die ausführliche Dokumentation und Ausstellung sowie die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen. Durch intensive Archivarbeit werden den Opfern Namen und Lebensgeschichte zurückgegeben. Angehörigen wird es ermöglicht, sich zu verabschieden, auch durch den Besuch des nahe gelegenen Friedhofs. Das hat das Team des Vereins vom Stalag 326 in den letzten 30 Jahren mit viel Einsatz und Energie ermöglicht.

Die Bedeutung der Gedenkstätte ist immer weitergewachsen, auch wenn die Zahl der Besucher*innen pro Jahr überschaubar ist. Jetzt soll nach dem Willen des LWL daraus eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung entstehen. Eine Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass mit dem LWL als Träger eine größere Lösung möglich ist. Entsprechende Fördermittel für den Ausbau wurden in Aussicht gestellt. Das begrüßen wir ausdrücklich und hoffen, dass das Projekt nicht an der erforderlichen Übernahme eines Teils der jährlichen Betriebskosten durch die OWL-Kommunen scheitert. Denn das Leid der Opfer und die Verantwortung der Täter, insbesondere der Deutschen Wehrmacht, müssen im öffentlichen Bewusstsein wachgehalten werden. Wir verstehen aber auch die Sorge des Fördervereins, wie in so einem großen Rahmen ihre bisherige Arbeit fortgesetzt werden kann. Das Gespräch mit dem Förderverein hat deutlich gemacht, dass jetzt ein passendes Konzept erforderlich ist. Nur so können der Ausbau und die entstehenden Kosten, aber auch der wissenschaftliche und gesellschaftliche Auftrag festgelegt werden.

Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass die historische und pädagogische Arbeit mit dem Verein, der sich so verdient gemacht hat, seiner jahrelangen Erfahrung und dem Wissensschatz der Vereinsmitglieder fortgeführt werden kann. Dafür braucht es stetige Kommunikation mit allen Entscheidungsträgern in Land, Bund, Kreis und vor Allem auch mit dem Förderverein. Nur so kann dieser historische Ort eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung für die Menschen aller Nationen werden.

Sprechstunde der GRÜNEN Kreistagsfraktion

Am Donnerstag, 28.09. bieten Birgit Niemann-Hollatz und Detlef Gohr zum Thema Stalag 326 (und anderen Kreisthemen) eine Bürger*innensprechstunde an.

Von 15-16 Uhr sind die Fraktionsvorsitzende und der Geschäftsführer im GRÜNEN-Büro in der Blessenstätte 23a anzutreffen.

Telefonisch ist sind sie in dieser Zeit unter 05241 / 2 115 698 zu erreichen.

3 Fragen an Birgit Niemann-Hollatz, Co-Vorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion

Wie soll es jetzt weiter gehen?

Nach der Ablehnung durch CDU, FWG/UWG gemeinsam mit der AfD, ist unklar, wie es mit dem Vorhaben weitergehen kann. Wenn der Kreis Gütersloh aus dem Konzept aussteigt, wird es die Gedenkstätte über kurz oder lang nicht mehr geben. Das gilt es unbedingt zu verhindern. Aus diesem Grund werden wir weiter an einer Lösung arbeiten, die Gespräche mit der CDU weiterführen und nach einem Kompromiss suchen. Ich bin mir sicher, dass wir es schaffen können. So schnell geben wir nicht auf.

Warum setzt ihr euch so für Stalag 326 ein?

Die Gedenkstätte Stalag 326 in Stukenbrock ist von 1941 - 1945 eines der größten Kriegsgefangenenlager gewesen. Unter unmenschlichen Bedingungen starben dort bis zu 65.000 Soldaten. Daran zu erinnern und daraus für die Zukunft zu lernen, sehen wir als eine gesellschaftliche Aufgabe an. Für Frieden. Für Freiheit. Für Demokratie. Bislang kümmert sich ein Förderverein ehrenamtlich um die Gedenkstätte, aber der kann die Aufgaben auf Dauer nicht mehr alleine stemmen.

Wie ist der aktuelle Sachstand?

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) möchte nun gemeinsam mit Bund und Land eine Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung errichten. An der Finanzierung für dieses Vorhaben sollten neben Bund, Land und LWL auch die Kreise in OWL – natürlich auch der Kreis Gütersloh – sowie die Stadt Bielefeld einen Beitrag leisten. Auch wenn es gestern im Kreistag eine Ablehnung für den Finanzierungsvorschlag des Projektes gab, suchen wir GRÜNEN weiter nach einer Lösung. Denn wir setzen uns nach wie vor für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 zu einem Erinnerungsort gegen den Krieg und gegen das Vergessen ein.

Das Wichtigste

Neue Westfälische Gütersloher Zeitung, 27.09.2023

Neue Westfälische

Kreis-CDU stimmt mit AfD gegen Stalag-Finanzierung

Die Christdemokraten in Gütersloh haben die Pläne für die Gedenkstätte mit Stimmen der Rechten blockiert. Urgestein Brok ruft Partei zur Ordnung.

Ingo Kalischek, Anja Hustert

■ **Gütersloh/Düsseldorf.** Das Veto des Gütersloher Kreistags bei den Ausbauplänen der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock führt zu einem Aufschrei in den eigenen Reihen. „Ich bin entsetzt, was die CDU-Fraktion da angerichtet hat“, sagt CDU-Urgestein Elmar Brok auf Anfrage dieser Zeitung. Die CDU im Gütersloher Kreistag hatte am Montag einen Antrag der Verwaltung blockiert, der vorsieht, die Gedenkstätte umfangreich weiterzuentwickeln. Seitdem macht auch eine brisante Frage die Runde: Welche Rolle spielte die AfD bei der Ablehnung des Antrags?

Die deutlichen Worte Broks, der auch Ehrenvorsitzender der CDU in OWL ist, kommen überraschend, da er die eigenen Reihen kritisiert. „Wenn es stimmen sollte, dass die CDU bei solch einem sen-

siblen Thema wesentlich mit den Stimmen der AfD gerechnet haben sollte, dann wäre das für mich ein Unding.“ Die CDU-Fraktion und ihre Vorsitzende Birgit Ernst „müssen das schleunigst in Ordnung bringen“, fordert Brok.

Der abgelehnte Antrag der Verwaltung um CDU-Landrat Sven-Georg Adenauer (CDU) sah vor, dass auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag 326 ab 2031

ein Erinnerungsort von nationaler Tragweite entsteht. Die Investitionskosten von 64 Millionen Euro teilen sich Bund, Land und LWL. Die jährlichen Betriebskosten von rund 4 Millionen Euro sollen sich die OWL-Kreise und die Städte Schloß Holte-Stukenbrock und Bielefeld teilen. Genau an dieser Stelle hakt es.

Die CDU-Fraktion hält die Kosten für „überdimensioniert“ und will eine kleinere Lö-

sung. Die CDU hatte in der Sitzung ihre Ablehnung gegenüber den Verwaltungsplänen bekräftigt – ebenso die Fraktion FWG/UWG und die AfD. In einer geheimen Wahl wurde dieser Antrag bei 36 Nein-Stimmen, 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Laut der CDU-Fraktionschefin Birgit Ernst waren die Stimmen der AfD bei der Abstimmung nicht ausschlaggebend. Der Grund: Es fehlte je ein Kreistagsmitglied der Grünen, Linken und FDP. „Deswegen kam es auf die drei Stimmen der AfD nicht an.“ Über die Frage, dass auch die AfD gegen den Kompromissvorschlag von Landrat Adenauer stimmen würde, habe man zuvor in den Reihen der CDU-Fraktion gesprochen. „Ich kann doch nicht meine eigene Meinung verleugnen, nur weil die AfD dann auch dafür ist“, so Ernst. **Kommentar,**

Zwischen Weser und Rhein

Kuper: Entscheidung ist falsch

■ **Landtagspräsident André Kuper** teilt mit, dass er die Entscheidung „persönlich für falsch“ hält. Das Votum des Kreistags habe weitreichende Folgen. Für die Region sei eine große Chance verpasst worden. Eine Gedenkstätte Stalag 326 wäre ein wichtiger

Anker der Erinnerungskultur in OWL, so Kuper. Der 38-köpfige Lenkungs- und Arbeitskreis habe in langjähriger Vorarbeit einen Konsens in der Region und darüber hinaus erarbeitet. „Dieser ist jetzt abgelehnt worden“, teilt Kuper mit. (IK)

Gedenkstätte Stalag 326: Kreistag Gütersloh lehnt Beteiligung an Betriebskosten ab

„Für die Region ist eine Chance verpasst worden“

Von Monika Schönfeld

SCHLOSS HOLTE-STUKENBROCK (WB). Für den Förderverein der Gedenkstätte Stalag 326 in Stukenbrock ist das Votum des Kreistages Gütersloh ein Desaster: Es stürzt die Gedenkstätte und die Arbeit des Fördervereins in eine ungewisse Zukunft. Das sagt Landtagspräsident und CDU-Landtagsabgeordneter André Kuper, der in sieben Jahren in einem Lenkungskreis ein Konzept für eine professionelle Gedenkstätte vorgelegt hat.

Vom Kriegsgefangenenlager Stalag 326 waren von 1941 bis 1945 überwiegend Soldaten aus der damaligen Sowjetunion als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft und Industrie geschickt worden. Nach der Befreiung war es Sozialwerk für Vertriebene, dann übernahm die Polizei NRW das Gelände. Einmalig ist, dass historische Gebäude vorhanden sind und sich seit 30 Jahren Ehrenamtliche um die Gedenkstätte kümmern. Da die das auf Dauer nicht leisten können, hat Kuper mit einem Lenkungskreis einen Konsens und mit Bund, Land und Landschaftsverband Geldgeber gefunden, die Gedenkstättenarbeit zu professionalisieren. Bedingung: An den Betriebskosten muss sich die Region beteiligen. Alle Kreise in Ostwestfalen-Lippe und die Stadt Bielefeld signalisierten Zustimmung. Bis zur Kreistagssitzung in Gütersloh, dem Heimatkreis. Die CDU-Kreistagsfraktion wollte

sich nicht mit einem Betriebskostenanteil binden. Abgelehnt wurde der Vorschlag der Kreisverwaltung, sich mit 400.000 Euro jährlich zu beteiligen, abgelehnt aber auch der spontane Antrag der CDU, alle an einen Tisch zu holen über Kosten zu reden. Die bereits erstellte und abgespeckte Machbarkeitsstudie sollte aber vom Tisch. Aber auch dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

„Die Entscheidung gegen Stalag 326 ist im Kreistag Gütersloh mit Mehrheit entschieden worden. Ich halte sie persönlich für falsch, aber das spielt keine Rolle. Es war immer klar, dass es keine Gedenkstättenenerweiterung durch Bund, Land und LWL gegen die Region gibt“, kommentiert André Kuper am Tag nach der Kreistagssitzung. „Die Entscheidung des Kreistags hat weitreichende Fol-



André Kuper. Foto: Federico Gambarini

gen. Für die Region ist eine große Chance verpasst worden: Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die vom Gräueltat des Weltkriegs und der Nazi-Zeit berichten können. Und gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen brauchen wir Demokratiebildung und authentische Gedenkstätten. Unsere Demokratie ist nicht mehr selbstverständlich. Wir brauchen mehr und nicht weniger Demokratiebildung. Eine Gedenkstätte Stalag 326 wäre ein wichtiger Anker der Erinnerungskultur in Ostwestfalen-Lippe.“

André Kuper hat nach dem Auftrag des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck im Jahr 2015, die Opfergruppe der Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten zu holen, einen 38-köpfigen Lenkungs- und Arbeitskreis gebildet, der mit ihm in langjähriger Vorarbeit einen Konsens in der Region und darüber hinaus erarbeitet hat. „Dieser ist jetzt abgelehnt worden. Dennoch gilt mein Dank allen Mitgliedern des Lenkungs- und Arbeitskreises und des Fördervereins für ihr langjähriges Engagement für die Gedenkstätte Stalag 326.“

Schloß Holte-Stukenbrocks Bürgermeister Hubert Erichlandwehr (CDU) sieht das genauso. „Ich bin enttäuscht. Die Stadt hatte ihren Beitrag zu den Betriebskosten beschlossen und damit ein gutes Signal gegeben.“ Er sei damals erfreut gewesen, dass es Landtagspräsident André Kuper als Vorsitzender des Len-

kungskreises es geschafft habe, den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ins Boot zu holen. „Ich kann es nicht nachvollziehen, warum die CDU-Kreistagsfraktion die Kompetenz des LWL anzweifelt. Er hat die Fachleute und die Büros, die sich auf solche Projekte verstehen. Es ist hier viel Einsatz und viel Verstand eingeflossen.“

Für Hubert Erichlandwehr ist das Tischtuch nicht zerschnitten. „Es gibt in der CDU-Fraktion die ganze Bandbreite von Ablehnung eines Ausbaus der Gedenkstätte bis hin zu abgespecktem Ausbau. Ausschlaggebend war wohl die Ewigkeitslast, also eine zeitlich unbegrenzte Festlegung der Beteiligung des Kreises Gütersloh an den Betriebskosten einer neuen Gedenkstätte.“ Der CDU-Kreistagsfraktion sei spätestens seit 2020/21 bewusst gewesen, dass vom Kreis Gütersloh ein Anteil an den Betriebskosten erwartet wird. „Nur über die Höhe konnte noch niemand eine Aussage treffen.“

„Die CDU muss sich jetzt erstmal finden. Mit den demokratischen Parteien muss die Antwort auf die Frage gefunden werden, was wir jetzt machen.“ Erichlandwehr sieht die größte Schwierigkeit darin, Bund, Land und Landschaftsverband zu halten, damit zugesagte Gelder nicht verloren gehen. „Das Projekt ist zu wichtig. Es sind sich alle einig, dass wir die einmalige Chance haben, uns für Demokratie und Friedensbildung einzusetzen.“

Kreis-CDU stimmt mit AfD gegen Stalag-Finanzierung

Die Christdemokraten in Gütersloh haben die Pläne für die Gedenkstätte mit Stimmen der Rechten blockiert. Urgestein Brok ruft Partei zur Ordnung.

Ingo Kalischek, Anja Hustert

■ **Gütersloh/Düsseldorf.** Das Veto des Gütersloher Kreistags bei den Ausbauplänen der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock führt zu einem Aufschrei in den eigenen Reihen. „Ich bin entsetzt, was die CDU-Fraktion da angerichtet hat“, sagt CDU-Urgestein Elmar Brok auf Anfrage dieser Zeitung. Die CDU im Gütersloher Kreistag hatte am Montag einen Antrag der Verwaltung blockiert, der vorsieht, die Gedenkstätte umfangreich weiterzuentwickeln. Seitdem macht auch eine brisante Frage die Runde: Welche Rolle spielte die AfD bei der Ablehnung des Antrags?

Die deutlichen Worte Broks, der auch Ehrenvorsitzender der CDU in OWL ist, kommen überraschend, da er die eigenen Reihen kritisiert. „Wenn es stimmen sollte, dass die CDU bei solch einem sen-

siblen Thema wissentlich mit den Stimmen der AfD gerechnet haben sollte, dann wäre das für mich ein Unding.“ Die CDU-Fraktion und ihre Vorsitzende Birgit Ernst „müssen das schleunigst in Ordnung bringen“, fordert Brok.

Der abgelehnte Antrag der Verwaltung um CDU-Landrat Sven-Georg Adenauer (CDU) sah vor, dass auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag 326 ab 2031

ein Erinnerungsort von nationaler Tragweite entsteht. Die Investitionskosten von 64 Millionen Euro teilen sich Bund, Land und LWL. Die jährlichen Betriebskosten von rund 4 Millionen Euro sollen sich die OWL-Kreise und die Städte Schloß Holte-Stukenbrock und Bielefeld teilen. Genau an dieser Stelle hakt es.

Die CDU-Fraktion hält die Kosten für „überdimensioniert“ und will eine kleinere Lö-

sung. Die CDU hatte in der Sitzung ihre Ablehnung gegenüber den Verwaltungsplänen bekräftigt – ebenso die Fraktion FWG/UWG und die AfD. In einer geheimen Wahl wurde dieser Antrag bei 36 Nein-Stimmen, 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Laut der CDU-Fraktionschefin Birgit Ernst waren die Stimmen der AfD bei der Abstimmung nicht ausschlaggebend. Der Grund: Es fehlte je ein Kreistagsmitglied der Grünen, Linken und FDP. „Deshalb kam es auf die drei Stimmen der AfD nicht an.“ Über die Frage, dass auch die AfD gegen den Kompromissvorschlag von Landrat Adenauer stimmen würde, habe man zuvor in den Reihen der CDU-Fraktion gesprochen. „Ich kann doch nicht meine eigene Meinung verleugnen, nur weil die AfD dann auch dafür ist“, so Ernst.

Kommentar,
Zwischen Weser und Rhein

Kuper: Entscheidung ist falsch

■ Landtagspräsident André Kuper teilt mit, dass er die Entscheidung „persönlich für falsch“ hält. Das Votum des Kreistags habe weitreichende Folgen. Für die Region sei eine große Chance verpasst worden. Eine Gedenkstätte Stalag 326 wäre ein wichtiger

Anker der Erinnerungskultur in OWL, so Kuper. Der 38-köpfige Lenkungs- und Arbeitskreis habe in langjähriger Vorarbeit einen Konsens in der Region und darüber hinaus erarbeitet. „Dieser ist jetzt abgelehnt worden“, teilt Kuper mit. (IK)